

Call for Papers

(English version below)

4. Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismusforschung

„Im Kalten Krieg entscheiden die Bataillone der besseren Sozialleistungen“ – Das Verhältnis von Kommunismus und Sozialpolitik seit 1945

Datum: 9./10. Juni 2022

Ort: Berlin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5

Im Bundestagswahlkampf 1953 prägte der Bundestagsabgeordnete Ludwig Preller den prägnanten Satz: „Insbesondere im Kalten Krieg entscheiden die Bataillone der besseren Sozialleistungen.“ Er verwies damit auf ein Politikfeld, das für den Kommunismus und die Auseinandersetzung mit ihm eine herausragende Relevanz besaß: der Wohlfahrtsstaat. Hatte Sozialpolitik für Marx in der Theorie primär ein systemstabilisierendes und somit antirevolutionäres Element dargestellt, spielte das Versprechen zur Beseitigung von sozialen Missständen in der Praxis eine zentrale Rolle für die Erringung der Macht kommunistischer Parteien im 20. Jahrhundert: sei es in Russland 1917, China 1949 oder Kuba 1959. Aus dem Fokus auf das Proletariat ließen sich sozialpolitische Wohltaten für Werktätige und bislang marginalisierte Gruppen ableiten. Für den Westen stellte dies eine zentrale Herausforderung im Kalten Krieg dar. Im Wettbewerb der Systeme sollte neben der militärischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen auch die sozialpolitische Überlegenheit demonstriert werden. Für Deutschland hatte diese Systemkonkurrenz vor dem Hintergrund der deutschen Teilung eine besondere Relevanz. Innenpolitisch setzten kommunistische Parteien im Westen die Regierungen mit weitreichenden sozialstaatlichen Forderungen unter Druck und beschönigten die Sozialpolitik in den sozialistischen Staaten. Dort wiederum trug der Widerspruch zwischen wohlfahrtsstaatlichem Anspruch und Wirklichkeit zur Unzufriedenheit der Bevölkerung bei. Der globale Süden zeigte sich in seiner sozialpolitischen Entwicklung einerseits von der kolonialen Vergangenheit, andererseits durch die Einflussnahme der beiden Supermächte und entsprechender Transfers im Kalten Krieg beeinflusst.

Die Hermann-Weber-Konferenz 2022 widmet sich im ersten Teil der übergeordneten Frage: Welche Rolle spielte Sozialpolitik für den Kommunismus sowie allgemein in der Systemkonkurrenz während des Kalten Krieges? In Weiterführung des Konzepts der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (Ch. Kleßmann) soll die sozialpolitische Entwicklung in West und Ost dabei nicht als getrennt, sondern als kontinuierlich aufeinander bezogen und gegenseitig rezipierend analysiert werden. Der territoriale Fokus wird über Deutschland und Europa hinaus auch auf außereuropäische Regionen gerichtet werden.

Im zweiten Teil werden die Transformationsphase ab 1989 und die bis heute andauernden Folgen thematisiert. Das Ende des Kalten Krieges gilt in der Forschung, durch den Wegfall des Legitimationsdrucks gegenüber dem Kommunismus, als ein Grund für die Sozialstaatsreformen der 1990er- und 2000er-Jahre. Die ehemals sozialistischen Staaten mussten innerhalb kürzester Zeit ihre Sozial- und Wirtschaftssysteme umstellen (z.B. Balcerowicz-Plan in Polen). Westliche Industriestaaten reagierten auf den sich massiv

verstärkenden Globalisierungsdruck mit einem sozialpolitischen Leitbildwandel („aktivierender Sozialstaat“). Die neuen sozialpolitischen Ansätze weisen in der Grundorientierung des „Fördern und Forderns“ große Ähnlichkeiten auf (Flexicurity, Enabling State, Welfare-to-Work, Social Investment State, Agenda 2010). Gleichzeitig evozierte die aktivierende Sozialpolitik Protest, der bis hin zu neuen Parteigründungen führte (z.B. Podemos in Spanien, Movimento 5 Stelle in Italien, Syriza in Griechenland, „Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau“/WAsG in Deutschland). In ehemals sozialistischen Staaten haben sich häufig konservative Regierungen durchgesetzt, die in ihrer sozialpolitischen Rhetorik an Prägungen des sozialistischen Wohlfahrtsstaats anknüpfen. Global zeigt sich seit den 2000er-Jahren ein zunehmendes Aufgreifen sozialpolitischer Wünsche und Ängste durch den Rechts- und Linkspopulismus und die Thematisierung sozialer Ungleichheit in globalisierungskritischen Protestbewegungen (u.a. Weltsozialforum, Occupy Wall Street, Attac, Gilets jaunes). Eine Sonderrolle spielt darüber hinaus die Sozialpolitik in autoritären Staaten (z.B. Sozialkreditsystem in der VR China).

Die 4. Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismusforschung wird am 9. und 10. Juni 2022 von der Nachwuchsgruppe „Der ‚aktivierende Sozialstaat‘ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik“ an der Universität Bremen und dem Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung in Berlin ausgerichtet. Die Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert die Veranstaltung. Die Konferenzreihe wahrt das Andenken an den Mannheimer Historiker und Politikwissenschaftler Hermann Weber (1928–2014), der mit seinen Forschungen zur Kommunismusgeschichte Maßstäbe gesetzt hat. Die von Hermann Weber zusammen mit seiner Frau Gerda (1923–2021) gegründete Stiftung führt sein Lebenswerk fort, indem die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus gefördert wird.

Wir begrüßen 15- bis 20-minütige wissenschaftliche Forschungsbeiträge, die sich empirisch oder theoretisch mit dem Zusammenhang von Kaltem Krieg, Kommunismus und Sozialpolitik sowie dessen Folgen bis in die Gegenwart auseinandersetzen. Die Konferenz ist interdisziplinär und global ausgerichtet. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Ausgewählte Vorträge werden in überarbeiteter Fassung im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2024 publiziert. Mit der Bewerbung wird die Bereitschaft vorausgesetzt, einen Beitrag zur Begutachtung für diese Publikation einzureichen.

Die Reise- und Unterkunftskosten der Referentinnen und Referenten werden gemäß Bundesreisekostengesetz übernommen.

Bitte senden Sie Ihr Abstract (maximal 2.500 Zeichen) sowie einen kurzen CV (max. 1 Seite) bis zum 31. Dezember 2021 an: Dr. Nikolas Dörr, E-Mail: doerr@uni-bremen.de

Kontakt:

Dr. Nikolas Dörr

Universität Bremen

Nachwuchsgruppe „Der ‚aktivierende Sozialstaat‘ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik, 1979-2017“

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

Mary-Somerville-Straße 5

28359 Bremen

doerr@uni-bremen.de

<https://www.fis-netzwerk.de/foerderung/geofoerderte-projekte/nachwuchsgruppen/der-aktivierende-sozialstaat>

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/jahrbuch>

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/gerda-und-hermann-weber-stiftung>

<https://www.kommunismusgeschichte.de>

Call for Papers

4th Hermann Weber Conference for the Historical Research of Communism

“In the Cold War the Battalions of Better Welfare Benefits are Decisive” – The Relationship between Communism and Social Policy since 1945

Date: 9–10 June 2022

Location: Berlin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstrasse 5

During the 1953 Bundestag election campaign, MP Ludwig Preller coined the pithy phrase: “In the Cold War, in particular, the battalions of better welfare benefits are decisive.” He was referring to a topic that was of outstanding importance to communism and the fight against it: the welfare state. Although for Marx social policy was primarily a system-stabilising and thus anti-revolutionary element, the promise of the elimination of social inequalities played a central role in the seizure of power by communist parties in the 20th century: e.g. Russia in 1917, China in 1949 or Cuba in 1959. Workers and marginalised groups hoped that the communist focus on the proletariat would lead to improvements of social security. For the West, this constituted a severe challenge during the Cold War. Welfare superiority was to be demonstrated in addition to military, economic, scientific and cultural superiority among the competing systems. For Germany, this competition was particularly relevant against the background of the country’s division. Communist parties in the West put pressure on their governments with far-reaching welfare state demands and exaggerated the positive effects of social policy in the socialist states. There, in turn, the contradiction between welfare state aspirations and reality contributed to the population’s discontent. The Global South was influenced in its welfare state development by its colonial past on the one hand, and by the two superpowers’ influence and corresponding transfers during the Cold War on the other. The first part of the interdisciplinary conference will be devoted to the question: What role did social policy play during the Cold War? Continuing the concept of “asymmetrically intertwined parallel history” (Ch. Kleßmann), social policy developments in the West and the East will be analysed not as separate, but as continuously interrelated and mutually reciprocal. The territorial focus will be also on regions outside Europe.

In the second part, the conference will focus on the transformation period from 1989 onwards and its consequences that continue to this day. The end of the Cold War is considered by researchers to be one reason for the welfare state reforms of the 1990s and 2000s because there was no competition from Communism anymore. The former socialist countries had to change their social and economic systems within a very short period of time (e.g. the

Balcerowicz Plan in Poland). Industrial countries reacted to the massive increase in the pressure of globalisation with a paradigm shift to the “activating welfare state”. These new policies are very similar in their orientation towards the “promote and demand”-principle (e.g. Flexicurity, Enabling State, Welfare-to-Work, Social Investment State, Agenda 2010). At the same time, activating welfare state reforms evoked protests that even led to the founding of new parties (e.g. Podemos in Spain, Movimento 5 Stelle in Italy, Syriza in Greece, “Monday demonstrations against cuts in social welfare”/WAsG in Germany). In former socialist states, conservative governments often came to power whose social policy rhetoric is frequently based on expectations shaped by the socialist welfare state. Right-wing and left-wing populism has increasingly taken up wishes and fears associated with the welfare state on a global scale since the 2000s. Social inequality is also increasingly being made an issue by protest movements critical of globalisation (e.g. World Social Forum, Occupy Wall Street, Attac, Gilets jaunes). A special case constitutes social policy in authoritarian states (e.g. the social credit system in the People's Republic of China).

The 4th Hermann Weber Conference on Historical Communism Research will be hosted by the Junior Research Group "The 'Activating Welfare State' - A Political and Social History of German Social Policy" at the University of Bremen and the Yearbook for Historical Communism Research on 9 and 10 June 2022 in Berlin. The conference is sponsored by the Gerda and Hermann Weber Foundation in the Federal Foundation for the Study of the Communist Dictatorship in East Germany. The conference series preserves the memory of the Mannheim historian and political scientist Hermann Weber (1928–2014), who set standards with his research on the history of communism. The foundation, established by Hermann Weber together with his wife Gerda (1923–2021), continues his life's work by promoting the academic study of the history of communism.

We welcome presentations (15-20 minutes) of papers that deal empirically or theoretically with the connection between the Cold War, communism and social policy and its consequences up to the present. The conference is interdisciplinary and global in scope. Conference languages are German and English. Selected papers will be published in revised form in the Yearbook for Historical Communism Research 2024. The application implies the willingness to submit a paper for this publication. Travel and accommodation costs will be covered in accordance with the Federal Travel Expenses Act.

Please send your abstract (max. 2,500 characters) and a short CV (max. 1 page) by 31 December 2021 to: Dr. Nikolas Dörr, email: doerr@uni-bremen.de

Contact:

Dr. Nikolas Dörr

University of Bremen

Junior Research Group “The 'Activating Welfare State' - A Political and Social History of German Social Policy, 1979-2017”

SOCIUM Research Center on Inequality and Social Policy

Mary-Somerville-Strasse 5

28359 Bremen

doerr@uni-bremen.de

<https://www.fis-netzwerk.de/foerderung/geoerderte-projekte/nachwuchsgruppen/der-aktivierende-sozialstaat>

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/jahrbuch>

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/gerda-und-hermann-weber-stiftung>

<https://www.kommunismusgeschichte.de>